

# Pressemitteilung

## **BWA warnt: Inflationsgefahr größer als Deflationsgefahr!**

Berlin, 10. April 2015. Der Bund der Wirtschaftsakademiker e.V. (BWA) sieht keine Grundlage für Deflationsgefahren, die in jüngster Zeit aufgrund der niedrigen Inflationsraten befürchtet werden. Auf seiner Arbeitstagung in Leipzig stellt er demgegenüber fest, dass die Inflationsrisiken nach wie vor überwiegen.

Eine Deflation ist gekennzeichnet durch einen allgemeinen Rückgang der Preise, der vor allem durch eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche und eine Verknappung der Geldmenge ausgelöst wird. Betrachtet man die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation, liegen diese Voraussetzungen gerade nicht vor. Konsumforscher berichten aktuell von einer anhaltend starken Verbrauchernachfrage sowie steigenden Immobilienpreisen und die Notenbanken pumpen unverändert große Mengen Geld zu Niedrigstzinsen in die Wirtschaft. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen für eine Deflation sind nach Meinung des BWA aktuell nicht gegeben. Die aktuell niedrigen Inflationsraten sind nicht unerheblich durch die stark gesunkenen Energiekosten beeinflusst, die die Preissteigerungen der übrigen Bereiche kaschieren.

Die Staatsschulden liegen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttoinlandsprodukt) unverändert auf sehr hohem Niveau. Ein Abbau der Staatsschulden ist letztlich nur über die Inflation möglich, wenn keine substanziellen Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen erfolgen. Für diese Alternativen ist allerdings aktuell kein politischer Wille erkennbar. Während in Deutschland auf Steuererhöhungen verzichtet werden soll, haben andere Euro-Staaten sogar Steuerentlastungen angekündigt. Auf der Ausgabenseite fallen erhebliche Belastungen durch die Umsetzung von Wahlversprechen an. In Deutschland sind dies die Rentenprogramme der Großen Koalition, in anderen Euro-Staaten konjunkturstützende Ausgabenprogramme. Der BWA sieht mittelfristig eher einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung als einen Rückgang.

Der für Deutschland angekündigte ausgeglichene Bundeshaushalt ab 2015 konnte nur mit der leichtfertigen Unterstellung eines weiterhin extrem niedrigen Zinsniveaus bei steigenden Steuereinnahmen konstruiert werden. Eine Zinswende kündigt sich in den USA jedoch bereits an und wird nicht ohne Auswirkungen auf die Euro-Zone bleiben. Auch die von dem derzeitigen konjunkturellen Boom ausgelösten hohen Steuereinnahmen werden sich im nächsten Abschwung erheblich vermindern. Selbst bei einem ausgeglichenen Haushalt findet jedoch kein Schuldenabbau statt. Es verbleibt auch für Deutschland bei einer weit über dem Maastricht-Kriterium von 60 % liegenden Staatsschuldenquote (2013: 78,4 %) bei gleichzeitig steigenden Risiken für den Kapitaldienst. Auch die aktuelle Prognose für die Euro-Zone zeigt eine weitgehend konstante Verschuldungsquote bis 2015.

Die derzeit optimistischen Prognosen für Deutschland stellen eine fragile Grundlage für die Staatsfinanzen dar, die durch geopolitische Störungen (z.B. Ukraine, Syrien/Irak) oder finanzielle Verwerfungen (z.B. Zinssatzerhöhungen, Schutzschirmbedarf) auseinander brechen kann. Die daraus möglicherweise entstehenden Extremlagen der Staatsverschuldung lösen Handlungsbedarf aus. Geht man davon aus, dass radikale Maßnahmen wie ein Schuldenschnitt politisch nicht durchsetzbar sind, dann bleibt nur der schleichende Schuldenabbau durch eine gezielte Geldentwertung. Die hierfür notwendige Voraussetzung einer überhöhten Geldmenge ist heute bereits durch die extreme Geldschöpfung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Gefolge der Banken- und Staatsschuldenkrise gegeben.

Nach Auffassung des BWA sind im Gegensatz zu einem Deflationsszenario bereits heute die Grundlagen für eine entstehende Inflation gelegt.